

# Alle drei Schulstandorte sollen bleiben

**Die Teilnehmer am Nohfelder Runden Tisch einigten sich jetzt auf die Eckpunkte einer Resolution zur Erhaltung aller drei Grundschul-Standorte der Gemeinde. Das Kultusministerium hingegen will die Schule in Wolfersweiler spätestens 2007 schließen.**

VON SZ-MITARBEITER  
SASCHA MÜLLER

**Nohfelden.** Wegen der vom saarländischen Kultusminister Jürgen Schreier geplanten Grundschulstruktur-Reform trafen sich am Mittwochabend Vertreter von Lokalpolitik, Lehrpersonal und der betroffenen Elternschaft zu einem Runden Tisch im Nohfeldener Rathaus. In der Gemeinde Nohfelden soll als einer von derzeit drei Schulstandorten der in Wolfersweiler bis spätestens 2007 geschlossen werden. Die Grundschule Söttern soll zwar erhalten, aber lediglich als Zweigstelle von Gonnweiler weitergeführt werden (wir berichteten).

Die Teilnehmer am Runden Tisch einigten sich jetzt auf die Eckpunkte einer Resolution zur Erhaltung aller drei Standorte, die dem Gemeinderat zu seiner nächsten Sitzung am Donnerstag, 10. Februar, vorgelegt werden soll. Der Gemeinderat muss dem Kultusministerium bis Dienstag, 1. März, zu dessen Grundschul-Schließungs-Plan Stellung beziehen.

Knackpunkt der Resolution soll die Forderung sein, eine Änderung des Paragraphen neun des Saarländischen Schulordnungsgesetzes zu verhindern. Kultusminister Jürgen Schreier möchte ihn dahingehend ändern, dass Schulstandorte in Zukunft immer mindestens „zweizügig“ sein müssen – also die eingeschulten Jahrgänge der Abc-Schützen pro Standort in mindestens zwei Parallelklassen unterrichtet werden. Damit soll die Mindestgröße für die Schulen erhöht werden, die dem Ministerium eine Schließung „zu kleiner“ Standorte ermöglicht.

Die Vertreter der drei Schulstandorte, die unter der Moderation des Nohfelder Beigeordneten Edgar Lorig und des Hauptamtsleiters Werner Veit miteinander diskutierten, waren sich schnell darüber einig, dass sie sich vom Kultusminister nicht gegeneinander ausspielen las-



Die Grundschüler in Gonnweiler dürfen nach den Plänen des Saar-Kultusministeriums hier weiter lernen.

Foto: atb

sen wollten. Schreier interessiere es offenbar nicht, welche Probleme und welche Kosten den Kommunen durch seine Reform entstünden – so der Tenor in der Runde.

## Nur Personalkosten sparen

So mancher der Teilnehmer am dem Runden Tisch äußerte den Verdacht, dem Kultusminister gehe es nur um Einsparungen bei den Personalkosten. Was für den Landeshaushalt (das Schulpersonal wird vom Land bezahlt) vielleicht geringfügiges Sparpotenzial bringe, so der Tenor, könne für die Kommunen letztendlich sogar teurer werden bei einem gleichzeitigen Verlust von Infrastruktur und Wohnqualität für die Bürger. Insbesondere bei den – von der Gemeinde getragenen – Transportkosten für den Nachwuchs befürchten die Kritiker von Schreiers

Reform eine Zunahme: Denn bisher würden die Kindergartenkinder noch zusammen mit den Schulkindern gefahren. Nach der geplanten Standortschließung aber müssten diese entweder extra gefahren werden, was zusätzliche Kosten mit sich bringe – oder das Problem werde auf die Eltern abgewälzt. Angesichts der Größe der Gemeinde Nonnweiler und der Länge der Fahrtstrecken soll in der Resolution – wenn eine Änderung des Paragraphen neun nicht zu verhindern ist – für eine Ausnahmeregelung plädiert werden. Ansonsten folge möglicherweise auch ein Attraktivitätsverlust für den Kindergarten, und der Öffentliche Personennahverkehr werde schließlich auch noch reduziert – was eine negative Auswirkung auf die Wohnqualität der Gemeinde bedeute. Außerdem, so gaben die Kritiker der

Schreier-Reform zu bedenken, müssten für ein solches Schulgebäude auch nach seiner Schließung weiterhin Unterhaltungskosten aufgewandt werden.

## Lernbedingungen schlechter

Zuletzt sehen die Kritiker eine Verschlechterung der Lehr- und Lernbedingungen durch die Zusammenlegung der Schulstandorte, weil dann zwangsläufig größere Klassen gebildet würden, als dies zur Zeit der Fall ist. Zwar wurde die demographische Entwicklung, die einen Rückgang der künftigen Abc-Schützen nachweist, von allen anerkannt – jedoch war sich die illustre Runde in diesem einen Punkt nicht einig: Während die einen dem saarländischen Kultusministerium dahingehend teilweise zustimmten, dass bei weiter zurückgehenden Geburten-

zahlen, zumindest langfristig gesehen, nicht mehr alle Dorfschulen erhalten werden könnten, hoben andere das ihrer Meinung nach „groteske Missverhältnis“ zwischen dem „Einsparvolumen im Promille-Bereich des Landeshaushaltes“ und den Folgen für die Betroffenen hervor: Hier werde gerade bei der wichtigsten Zukunftsaufgabe – der Ausbildung der Kinder – geknauert, während andererseits offenbar stetig steigende Millionenbeträge für umstrittene Prestigeprojekte wie den geplanten Umbau von Saarufer und Stadtautobahn („Projekt Stadtmitte“) in Saarbrücken nicht ernsthaft in Frage gestellt würden.

Zur Nohfelder Ratssitzung am kommenden Donnerstag, 10. Februar, ab 17 Uhr im Rathaus wird eine Demonstration der Grundschulreform-Gegner erwartet.